

oder

„Big trouble in little Zeuthen“

Gemeindevertreterversammlung am 24.09.2008

Vorwort

Diesmal war richtig was los.

Es waren über 30 Anwohner anwesend. Die Stühle reichten fast nicht aus. Viele Bewohner der Waldpromenade und aus der Birkenstraße waren wegen ihrer Anliegen gekommen. Schon beim Betreten des Raumes brodelte es. Die Anwohner waren angespannt und sauer auf die Verwaltung.

Die Gemeindevertreter waren endlich mal so wie man es sich wünscht: lebhaft und mit klaren Ansagen.

Natürlich wurde auch ein bisschen Wahlkampf-Polemik betrieben. Aber warum nicht ? Es sind am kommenden Sonntag Kommunalwahlen. Die Gemeindevertreter hat man zum Teil nicht wiedererkannt. Es gibt sie doch, die engagierte Volksvertretung.

Frau Dr. Seidel, dass muss man vorab fairerweise dazu sagen, hatte eine sehr schwere Aufgabe als Vorsitzende zu erledigen. Aber lesen Sie selbst...

1. Allgemeines

Den Vorsitz der Gemeindevertretung hatte diesmal Frau Dr. Seidel, weil Frau Sachwitz im Urlaub war. Gleich zu Beginn erläuterte Dr. Pohl (CDU) die Forderung nach Aufnahme des Dringlichkeitsantrages „Birkenstraße“ in die Tagesordnung. Die Anwohner sagten, sie hätten fast allen Gemeindevertretern E-Mails geschickt, jedoch nur Herr Wolter hätte sich daraufhin gemeldet und war vor Ort. Die Vertreter von „Bürger für Zeuthen“ behaupteten, keine E-Mail bekommen zu haben. Frau Dr. Seidel versuchte, dies mit einer technischen Panne zu erklären. Ich für meinen Teil sehe da eher Absicht dahinter. „Bürger für Zeuthen“ sind eben nur für einige Bürger da und nicht für alle erreichbar.

Dr. Pohl kritisierte, dass der Bürgermeister im Hauptausschuss zugesichert habe, die Anwohner in der Waldpromenade zu informieren. Dies sei augenscheinlich nicht passiert. Er forderte, die Beratung über den Beschluss zur Vergabe der Bauarbeiten in der Waldpromenade in den öffentlichen Teil zu verlegen.

Die Vorsitzende bot an, dies unter dem TOP „Sonstiges“ zu behandeln.

Daraufhin wurde die Tagesordnung einstimmig und die Niederschrift der letzten Gemeindevertreterversammlung mit einer Enthaltung (Herr Schella-CDU) beschlossen.

2. Förderrichtlinie Förderverein Musik e.V.

Dann wurde der erste TOP beraten: „Richtlinie zum Förderverein Musik“.

Kurze Information von mir: Der Förderverein soll Geld aus der Gemeinde erhalten. Dafür wird diese Förderrichtlinie erlassen.

Die Vorsitzende informierte über diesen TOP. Es gab anschließend eine rege Diskussion darüber, ob man den Nachweis der Verwendung der Mittel in die Förderrichtlinie aufnehmen sollte (Herr Mitrasch-Linke, Herr Laute-SPD) oder ob man die Richtlinie so beschließen sollte, weil ja in der Satzung des Vereins bereits geregelt sei, wie der Nachweis geschehen soll (Dr. Pohl, Herr Schella, Herr Wolter-alle CDU). Eine Bürgerin ließ man zu Wort kommen und sie bat, die Richtlinie so zu verabschieden, weil es demnächst zu einem

Kooperationsvertrag zwischen Schule, Förderverein und Gemeinde kommen werde, in dem solche Sachen ebenfalls geregelt werden.

Mit einer Stimmenthaltung (Frau Böttcher-SPD) wurde die Richtlinie verabschiedet.

3. Kita-Satzung

Auf Nachfrage von Dr. Pohl (CDU) erläuterte der Bürgermeister den Inhalt der Satzung. Kurz gesagt, es ist eine Staffelung nach Kinderzahl vorgesehen. Wer mehr Kinder hat, muss pro Kind weniger zahlen.

Die Vorsitzende, Frau Dr. Seidel (Linke), fragte nach den zukünftigen Belastungen im Haushalt. Der Bürgermeister antwortete, es sei mit einer Mehrausgabe von ungefähr 80.000 Euro zu rechnen und dies werde im Verwaltungshaushalt berücksichtigt.

Dr. Pasch (Grüne) fragte nach, warum im Sommer alle Einrichtungen zur selben Zeit geschlossen seien. Dies entnehme er der Satzung. Außerdem fragte er nach der Staffelung der Elternbeiträge. Der Bürgermeister sagte, der Sozialausschuss habe sich auf diese Staffelung geeinigt. Frau Böttcher (SPD) kritisierte, dass diese Fragen in den zuständigen Ausschuss (Sozialausschuss) gehörten.

Herr Lehmann (SPD) warf zurecht ein, dass Herr Pasch (Grüne) gerne im Sozialausschuss hätte mitarbeiten und diese Fragen dort klären können. Zudem sei in der Staffelung der Elternbeiträge eine Progression der Gebühren vorhanden, sodass Gerechtigkeit für Bezieher geringerer Einkommen gegeben sei. Dies sei nichts Neues, die Gebührenordnung beruhe auf der alten Satzung, nur müsse man sich beeilen, damit die neue Regelung Gültigkeit erlangt.

Auch Frau Dr. Seidel als Fraktionsvorsitzende der Linken sagte, sie störe sich an diesen Schließzeiten.

Die Zuschauer wurden nun Zeugen einer merkwürdigen Vorführung: Man hatte nun schon fast eine Viertelstunde über diese Kita-Satzung diskutiert und sich über die Überlagerung der Schließzeiten heiß geredet. Bis dann eine Mitarbeiterin der Verwaltung zu Wort kam und sagte, es hätte dieses Jahr gar keine Schließzeiten gegeben. Die Praxis sehe anders aus. Da mussten fast alle Zuschauer laut lachen. Die Volksvertreter diskutieren über eine Sache und wissen noch nicht einmal wie sie in der Praxis funktioniert. Schönes Eigentor, kann ich nur sagen.

Daraufhin wurde der Absatz mit den Schließzeiten in der Satzung gestrichen und die Kita-Satzung konnte mit dieser kleinen Änderung und unter Enthaltung von Herr Dr. Pasch (Grüne) beschlossen werden.

4. Generationstreff

Der Bürgermeister erklärte, er wolle so früh wie möglich Mittel aus dem Strukturfonds des Landkreises für den Bau des Generationstreffs (Ausbau des Güterbodens) beantragen und brauche deshalb diesen Beschluss der Gemeindevertreter.

Frau Böttcher (SPD) kritisierte, dass der Strukturfonds noch nicht im Kreistag beschlossen wurde und die Gemeinde aber nun schon die Förderung beantrage. Falls es dazu nicht käme, wolle sie wissen, ob Zeuthen diesen Bau auch ohne die Mittel vom Landkreis finanzieren könnte.

Herr Wolter (CDU) meldete sich zu Wort und äußerte Zweifel, dass Zeuthen schon wieder in die Förderung einbezogen werde. Er begründete dies damit, dass es im letzten Jahr im Kreistag Widerstand von Herr Pehnert (Linke) gegeben hatte, Mittel aus dem Strukturfonds

nach Zeuthen für das Jugendhaus zu geben. Damals seien 1,4 Mio. Euro kreisweit verteilt worden.

Der Bürgermeister sagte, er wurde von der Kreisverwaltung angeschrieben und darum gebeten, Fördermittel bis 15.10. zu beantragen. Er habe mit der Verwaltung des Kreises zutun und nicht mit dem Kreistag.

Die Vorsitzende Frau Dr. Seidel (Linke) sagte, es sei gut, vorsorglich die Mittel zu beantragen, um in die Förderung aufgenommen zu werden. Hinterher werde sonst dem Bürgermeister wieder vorgeworfen, nicht rechtzeitig gehandelt zu haben.

Ein Vertreter der Bürger für Zeuthen wies daraufhin, dass er von Problemen im Zusammenhang mit den Fördermitteln in Eichwalde gelesen habe. Der Bürgermeister dort habe nun Schwierigkeiten, den Bau zu finanzieren.

Der Bürgermeister antwortete, dies werde Zeuthen nicht passieren, weil die Maßnahme über zwei Jahre gestreckt werden könne und so eventuell ausbleibende Fördermittel kompensiert werden könnten.

Ein Vertreter der Bürger für Zeuthen merkte an, dass doch nur der Kostenanteil von Zeuthen in den Haushalt eingestellt werden müsse und der Rest, also die Fördermittel, dann extra veranschlagt werden müssten.

Frau Weller, Kämmerin und Leiterin der Finanzverwaltung sagte daraufhin, nach dem Haushaltsgrundsatz des Bruttoprinzips müssen die Ausgaben für den Ausbau vollständig im Haushalt eingestellt werden. Die Fördermittel würden an anderer Stelle (Einnahmetitel) gebucht werden. Zudem könne mit Sperrvermerken gearbeitet werden, d.h. die Ausgaben sind solange gesperrt bis die Fördermittel fließen. Eine Freigabe der Sperrvermerke sei dann nur durch die Gemeindevertretung möglich.

Mit vier Enthaltungen (Herr Schella-CDU, Herr Wolter-CDU, Herr Schadow-BfZ und Frau Böttcher-SPD) wurde diesem Beschluss zur Beantragung der Mittel aus dem Strukturfonds zugestimmt.

5. Änderung des Flächennutzungsplans und des Bebauungsplans

Es ging hier um den Neubau des Pflegeheims im Zentrum Zeuthens. Die beiden Punkte wurden einstimmig angenommen. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass die Pläne vom 17.10.2008 bis 17.11.2008 (so sagte es der Bürgermeister) als Aushang für die Öffentlichkeit und im Gemeindeamtsblatt vorgestellt werden.

6. Birkenstraße / Am Miersdorfer See

Zur Problematik eine Einführung von mir: In der Birkenstraße (Höhe des NP- Marktes) wird bei starkem Regen das Abwasser mit Fäkalien aus den Abwasseröffnungen in die Wohnungen und aus den Gullis in der Straße gedrückt.

Der Bürgermeister führte in die Problematik ein und sagte, dass die Deckel der Entwässerungsschächte erhöht wurden, sodass nicht mehr soviel Regenwasser in die Abwasserschächte laufen könne. Wenn das Abwasser trotzdem hochkommen sollte, muss der Märkische Abwasserzweckverband dieses Problem lösen.

Daraufhin gab es Rumoren in den Reihen der Zuschauer, die versuchten, mehrfach das Wort zu ergreifen, jedoch von der Vorsitzenden abgeblockt wurden.

Der Bürgermeister sagte, dieses Problem ließe sich eben nur lösen, wenn man die Straße komplett mit Entwässerung erneuere.

Daraufhin sagte Herr Wolter (CDU), dass er vor Ort war und es anscheinend so sei, dass das Pumpwerk höher liegt als die Straße und deshalb bei Regen die Fäkalien aus den Toiletten sprudeln. Als Gemeinde habe man auch eine Mitbestimmung im Zweckverband und man müsse den, der es gebaut hat zur Rechenschaft ziehen.

Dies sah auch die Vorsitzende so und sagte, wenn es Planungsfehler gegeben habe, dann müssen diese schnellstmöglich behoben werden.

Frau Wagner von Bauamt verwies auf die Möglichkeit die Deckel abzudichten.

Die Anwohner forderten die Gemeindevertreter auf, endlich zu handeln.

Herr Dr. Pohl (CDU) sagte, dass dieses Gremium nicht in der Lage sei, dies heute zu entscheiden. Der Abwasserverband müsse von uns gezwungen werden, das Problem schnell zu lösen.

Die Vorsitzende sagte, es müsse eine fachliche Begutachtung geben und stellte die Frage nach den Kosten.

Frau Böttcher (SPD) kritisierte daraufhin, dass Frau Dr. Seidel nicht jede Aussage kommentieren solle, sie sei die Vorsitzende und wenn sie ihre Meinung als Fraktionsmitglied kundtun wolle, müsse sie dies vorher bekanntgeben.

Die Anwohner wunderten sich auf den Zuschauerplätzen, wann sie denn endlich zu Wort kommen könnten.

Herr Wolter (CDU) bekam die Unruhe bei den Anwohnern mit und beantragte das Rederecht für die Zuschauer.

Eine aufgebrachte Anwohnerin sagte daraufhin, diese Problematik sei vom Bürgermeister verschleppt worden, bisher sei noch nicht geklärt, ob es überhaupt mit der Straße zusammenhänge.

Im Ergebnis wird nun erstmal geprüft und begutachtet.

Herr Dr. Klabuhn (Linke) kritisierte scharf, dass dies keine „Diskussion mit den Bürgern sei, sondern eine Gemeindevertretersitzung“. Dafür erntete er das Unverständnis der Zuschauer. Ich frage mich ernsthaft, welches Verständnis dieser Mann von Demokratie hat. Erst macht er seinen Job als Gemeindevertreter nicht richtig, ist nicht ausreichend informiert und dann regt er sich auch noch auf, wenn sich Bürger beschwerten über die Zustände.

Wo sollen die Bürger denn sonst teilnehmen, wenn nicht an der Gemeindevertretersitzung? Er sollte lieber dankbar sein über so viel Bürgerengagement.

7. Waldpromenade

Eingeleitet wurde dieser TOP vom Bürgermeister mit den Worten „Ach, das Thema gibt es ja auch noch“ als er schon zum nächsten TOP wechseln wollte. Die Zuschauer brachte dieser Spruch nur noch mehr in Aufregung.

Es ging bei diesem TOP (der ja eigentlich im nichtöffentlichen Teil beraten werden sollte) um den Beschluss über die Auftragsvergabe der Bauleistungen.

Herr Olaf König, ein Anwohner, schilderte die Situation aus seiner Sicht. Er sagte, es hätte keine Information über die Baumaßnahmen gegeben und nun sollten die Anwohner 60 % der Kosten für den Straßenbau tragen. Ohne Mitspracherecht. So lasse er nicht mit sich umgehen. Er forderte, erstens eine Einwohnerversammlung zu der Planung durchzuführen, zweitens dass der Baubeginn so weit verschoben wird, bis die Anwohner ausreichend informiert sind und sich eingebracht haben, drittens ein Mitspracherecht, wie die Straße letztendlich gebaut wird, weil die Anwohner eben auch den größten Teil bezahlen müssten.

Er sagte auch, dass er heute diese Veranstaltung nicht verlassen werde, ohne dass der Beschluss vertagt würde. Er bleibe auch im nichtöffentlichen Teil sitzen.

Herr Mitrasch (Linke) sagte, es sei schon alles geplant. Die Bürger wurden ausreichend einbezogen und es werden zwar Einwohnerversammlungen durchgeführt – auch bei anderen Straßen- man habe aber sehen können, dass dort die Beteiligung der Anwohner sehr gering sei.

Daraufhin rief ich ihm aus dem Publikum zu, dass er sich nicht wundern brauche, dass so wenige Leute kommen, schließlich sei bei der Info-Veranstaltung zur L 402 falsch eingeladen worden (statt L 402 wurde L 401 geschrieben im Aushang). Wenn solche Fehler passieren, brauche er sich nicht über mangelnde Teilnahme beschweren.

Dann kam der Vertreter von den Bürgern für Zeuthen, Herr Schulz, zu Wort und hatte eine interessante Empfehlung für die Anwohner: Wer mitkriegen würde, dass seine Straße gebaut werden soll, müsse selbst aktiv werden und sich eben im Rathaus oder im Ausschuss danach erkundigen. Man könne nicht verlangen, dass jedes Mal eine Einwohnerversammlung gemacht werde. Er sei sowieso dafür gewesen, die Straße noch größer zu bauen. Man könne schließlich nicht immer nur auf die Anwohnerinteressen schauen, sondern müsse für alle Verkehrsteilnehmer eine Lösung finden.

Das ist ja jetzt mal eine klare Aussage wie ich finde und zeigt, wie sich mancher Gemeindevertreter die Arbeit so vorstellt. Der Bürger müsse sich informieren und nicht etwa die Verwaltung den Bürger. Hat er schon mal etwas von Politikverdrossenheit und bürgerfreundlicher Verwaltung gehört. Alle Behörden versuchen bürgerfreundlicher zu werden und er will es genau andersherum? Da wundert es mich nicht, dass es bei uns mit den Informationen nicht so läuft wie man es sich vorstellen würde - wenn schon die Gemeindevertreter solche Ansichten pflegen!

Frau Böttcher (SPD) regte an, dass die Gemeindevertretersitzung die Vorlage noch nicht beschließen solle.

Auch Dr. Pohl (CDU) kritisierte, es müsse zunächst eine Einwohnerversammlung geben, ehe darüber beschlossen werden kann.

Dann kam etwas, dass ich in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hätte. Herr Laute (SPD) richtete sich an Herrn Mitrasch und sagte, er fordere ein Umdenken dahingehend, dass die Bürger über Planungen erst informiert werden und die Ideen der Anlieger auch in die Planungen einfließen müssten. Herr Mitrasch verfähre derzeit genau umgekehrt: erst die Planungen vorantreiben und dann die Bürger vor vollendete Tatsachen stellen. Gut so, Herr Laute! kann ich nur sagen.

Dazu sagte der Bürgermeister, dass erst eine Planung vorliegen müsse, auf der man diskutieren könne. Sonst diskutiere man unnötig herum.

Frau Kunert, eine Anwohnerin, kam zu Ausgangspunkt zurück und merkte an, sie sei eben zu keiner Zeit informiert worden. Sie wurden lediglich gefragt, wo Einfahrten gebaut werden sollten. Aber die Gesamtplanung wurde nie mit den Anwohnern besprochen.

8. Einwohnerfragestunde

- Herr Nikolas fragte nach dem Sachstand des Ausbaus der L 401.
Frau Wagner antwortete, dass die Planungen noch bei der Straßenbehörde lägen und die bisherigen Planungen den Bürgern vorgestellt wurden. Man warte noch auf Aussagen des Straßenverkehrsamtes.
- Herr Eichler fragte nach dem Bauzaun beim chinesischen Garten.
Dieser gehöre der Gemeinde, sagte der Bürgermeister.

Dann konnten die Gemeindevertreter noch Fragen stellen. Herr Schella (CDU) fragte nach, warum dann am Bauzaun ein Schild mit der Aufschrift „Feuerwehrezufahrt“ hänge, wenn der Zaun gezogen sei. Dies habe historische Gründe, sagte der Bürgermeister.
Frau Dr. Seidel beantragte daraufhin einen Bericht über die Gestaltung der Feuerluke.

Herr Eichler wollte wissen, wer den Umbau des Rathauses beschlossen habe.
Der Bürgermeister sagte, dass ein behindertengerechter Aufzug eingebaut werden solle, es handele sich nicht um einen kompletten Umbau. Dies habe der Hauptausschuss beraten.

Ein Anwohner fragte nach, ob bezüglich des Fluglärms die Gemeinde schon schriftlich tätig geworden sei.
Frau Böttcher antwortete, dass die SPD eine Veranstaltung zum Fluglärm gemacht habe und den zuständigen Mitarbeiter des BBI gebeten habe, sich dafür einzusetzen, dass die Flugzeuge einen höheren Anflugweg nehmen.

Der Anwohner (Herr Franke) fragte dann noch nach den Lärmschutzmaßnahmen bei der Bahn.
Frau Dr. Seidel sagte zu, dass eine Antwort darauf in der nächsten Gemeindevertretersitzung gegeben werde. Dort würde dann eine Information zum Sachstand gegeben werden.

Herr Schella fragte nach, wie viele Grundstücke an der Kurpromenade bereits verkauft seien.
Der Bürgermeister sagte, es gebe zwei Investoren, die das ganze Areal kaufen wollten. Es handele sich dabei um Bauträger.

Herr Schella fragte zudem nach der Ausbesserung der Straße am Heideberg. Man habe dort zwar die Löcher geflickt, jedoch nicht ausreichend. Die Vorsitzende sagte zu, dass das Bauamt sich darum kümmern werde.

Herr Schella fragte nach dem Baustillstand an der Nordschranke. Der Bürgermeister verwies auf seine Anmerkungen bei der letzten Gemeindevertretersitzung.

Die Eigentümergemeinschaft bot der Deutschen Bahn AG an, die Flächen, die nötig sind, zu verkaufen. Wenn dies erfolgt sei, könne auch weitergebaut werden, antwortete der Bürgermeister.

Es fiel auf, dass Herr Schella diesmal sehr aktiv war. Vielleicht hing das auch damit zusammen, dass einen Tag vorher die Kandidatenvorstellung der CDU Zeuthen stattfand und dort Kritik an den Gemeindevertretern laut wurde.

Frau Huck (SPD) fragte, wann endlich mit einer Besetzung des Schulleiters bei der Paul-Dessau-Schule zu rechnen sei. Es müsse Druck auf das Schulamt ausgeübt werden.

Der Bürgermeister sagte, er könne keinen Druck ausüben, weil es gesetzliche Fristen zu beachten gebe, die man nicht umgehen könne.

Herr Laute (SPD) kritisierte, dass die Schranken an allen Übergängen in Zeuthen am Wochenende ohne Vorankündigung geschlossen worden seien. Er fordere eine Änderung dieser Verfahrensweise.

Der Bürgermeister erwiderte, die Bahn gebe ihm nicht Auskunft wie sie baue und er habe darauf keinen Einfluss.

Herr Pasch (Grüne) bat noch um Auskunft zu einem angeblichen „Schwarzbau“. Der Bürgermeister sagte zu, Herrn Pasch in einem persönlichen Gespräch zu informieren.

9. Nichtöffentlicher Teil

Dann kam der nichtöffentliche Teil und die Vorsitzende und der Bürgermeister mussten die Anwohner der Waldpromenade bitten, den Raum zu verlassen. Diese weigerten sich jedoch. Erst mit eindringlichen Gesprächen konnten die Bürger dazu gebracht werden, den Raum zu verlassen.

Sie blieben jedoch vor der Tür, um das Abstimmungsergebnis zu erfahren.

Zusammen mit einem Reporter der Märkischen Allgemeinen Zeitung redete ich draußen noch mit den Betroffenen.

Im Ergebnis wurde die Vergabe der Bauleistungen beschlossen gegen die Stimmen (zumindest) der CDU Fraktion. Es wird also gebaut werden ohne Einwohnerversammlung. Es fehlt der CDU eben die Mehrheit, was für uns Bürger sehr schade ist, da viele Entscheidungen an den Zeuthenern vorbei getroffen werden.

Ich kann nur sagen: Zeuthener passt auf, wen Ihr am Sonntag in die Gemeindevertretersitzung wählt!

Schaut Euch die Kandidaten genau an und entscheidet, wer Eure Interessen vertritt. Manche geben „Bürgernähe“ nur als Wahlkampfparole aus, weil es sich gut macht und stimmen dann, wenn es darauf ankommt, gegen die Zeuthener Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Informationen unter www.franke-zeuthen.de